

Kehrtwende in Sicht?

Zur Krise in der industriellen Landwirtschaft in den USA

Die Lage ist ernst, wenn sich die Interessenvertreter der US-Mais-, Sojabohnen-, Schweinefleisch- und Weizenproduzenten, der Milchindustrie, der Ethanolhersteller sowie ehemalige Regierungsbeamte beider Parteien gemeinsam mit einer Warnung an beide Häuser des US-Kongresses wenden. Unter den gegenwärtigen Bedingungen sei mit einem „großflächigen Zusammenbruch der amerikanischen Landwirtschaft“ zu rechnen. „Die Politik dieser Regierung hat der US-Landwirtschaft enormen Schaden zugefügt“, heißt es in einem gemeinsamen Brief vom 3. Februar. „Die Zahl der Farmbankrotte hat sich verdoppelt, nur knapp die Hälfte aller Betriebe wird in diesem Jahr profitabel sein, und das US-Handelsdefizit im Agrarsektor hat historische Ausmaße.“

Die Politik der Regierung unter Präsident Donald Trump, von willkürlicher Zollpolitik über die anhaltenden Deportationen papierloser Menschen bis hin zu den radikalen Budgetkürzungen und Entlassungen in Ministerien hat weitreichende Konsequenzen für die Landwirtschaft. Im Brief erwähnt werden die drastisch gestiegenen Inputkosten, Arbeitskräftemangel, geringere Exporte, sinkende Margen ... Die Kürzungen im Forschungsbereich erschweren die Situation und „während die ländliche Bevölkerung versucht, mit diesen Schlägen fertigzuwerden, bedrohen die Kürzungen im Gesundheitswesen ein unverzichtbares Sicherheitsnetz für amerikanische Bauernfamilien.“

Pflaster statt Heilung

Die im Brief vorgeschlagenen Maßnahmen sind eher bescheiden – von Änderungen bei der Zollpolitik bis hin zum Appell, die seit mehr als zwei Jahren überfällige Novelle der „Farm Bill“-Gesetzgebung so schnell wie möglich zu verabschieden. Das Gesetz legt neben vielem anderen die Höhe der Agrarsubventionen fest. „Wir können nur hoffen, dass das ländliche Amerika den gegenwärtigen Tumult überlebt, bis der Kongress und die Führer beider Parteien die Bedrohung erkennen und den Mut zur Zusammenarbeit an echten Lösungen haben.“ Die Reaktion aus dem Landwirtschaftsministerium: Kein Präsident habe zu unseren Lebzeiten so auf der Seite der Landwirte gestanden wie Trump ...



Viel Technik und Chemie – die exportabhängige US-Landwirtschaft kommt an ihre Grenzen

Foto: M.Kunz

Das System der industriellen Landwirtschaft, vor allem in der Soja-Mais-Monokultur des Mittleren Westens, wird weiterhin nicht in Frage gestellt, jedenfalls nicht öffentlich. Unkräuter haben längst Herbizidtoleranzen entwickelt, weshalb die Industrie immer neues gentechnisch verändertes Saatgut anbietet, das in der Wachstumsaison die Anwendung aller denkbaren Pestizidkombinationen erlaubt. Gegen den Verlust der Bodenfruchtbarkeit sollen noch größere Düngergaben helfen. Und wenn die Klimakrise das Zeitfenster für Aussaat und Ernte verringert, dann brauchen die Landwirte eben noch größere, schnellere und schwerere Landmaschinen.

Kurswechsel oder Pleite?

Wegen der Zölle sind die Kosten für Dünger und Landmaschinen extrem gestiegen, und angesichts der geringen Margen bei Soja und Mais müssen viele Landwirte sogar das Saatgut per Kredit vorfinanzieren – irgendwann schnappt dann die Schuldenfalle zu. Pioniere der regenerativen Landwirtschaft wie Gabe Brown standen schon vor Jahren vor der Wahl, den Hof aufzugeben oder die Inputkosten radikal zu senken. Im „Trial and Error“-Verfahren lernten sie, die Bodenfruchtbarkeit mit Hilfe von Zwischenfrüchten, langen Rotationen und Kompost zu verbessern und Tiere zu integrieren. Entstanden ist ein informelles regeneratives Netzwerk, und wer heute aus der

„Agrarchemie-Tretmühle“ aussteigen will, findet Hilfe und Unterstützung: Landwirte organisieren Feldtage, fungieren als Mentoren, kommunizieren via Facebook und schließen sich in lokalen Gruppen wie der Kansas Soil Health Alliance (Vereinigung für Bodengesundheit) zusammen. Regenerative und Biolandwirtschaft haben sich stark angenähert, lediglich beim Thema Pflügen oder Glyphosat gehen die Meinungen weiterhin auseinander.

Der Widerstand wächst

Finanzieller Druck ist ein Grund für den Verzicht auf Agrarchemie, ein anderer ist die außerordentlich hohe Zahl der Krebserkrankungen in ländlichen Gebieten. Iowa, der neben Kalifornien am intensivsten landwirtschaftlich genutzte Bundesstaat, hat die zweithöchste Krebsrate der USA. In Iowa leben rund 3,2 Millionen Menschen – sowie 3,5 Millionen Rinder und fast 25 Millionen Schweine, deren Gülle zusätzlich zu Chemiedünger auf Feldern ausgebracht wird. Alle Gewässer sind mit extremen Nitrat- und Phosphormengen belastet, die Filtration für die Trinkwasserversorgung kostet Millionen, was sich kleinere Gemeinden nicht mehr leisten können, und schätzungsweise 250.000 Menschen beziehen ihr Wasser aus Bohrbrunnen, für die es noch nicht einmal Messwerte gibt. Inzwischen wird über die Zusammenhänge zwischen Nitratbelastung, Pestiziden und Krebserkrankungen auch in

ländlichen Gemeinden und unter Trump-WählerInnen öffentlich diskutiert. Amerika wieder gesund machen, abgekürzt MAHA, war der Slogan, mit dem Robert Kennedy Jr. das US-Gesundheitsministerium übernahm. Im Wahlkampf war er mit der Forderung angetreten, den Einsatz von Pestiziden wie Glyphosat zu verbieten. Auf Druck der Agrarlobby und einer direkten Anweisung aus dem Weißen Haus wurde der erste von Kennedy vorgelegte Gesundheitsbericht „überarbeitet“, von einem Pestizidverbot ist nicht mehr die Rede. Konservative InfluencerInnen und die als MAHA-Moms (Mütter für ein gesundes Amerika) bekannten Trump-Wählerinnen sind empört.

Vertrauen verspielt

In vielen Farmhaushalten wird der Pestizideinsatz jetzt erstmals hinterfragt. Wenn es einen Zusammenhang zwischen Agrarchemie und Krebserkrankungen gibt, was heißt das für die Landwirtschaft? Neben den extremen finanziellen Sorgen treibt viele zusätzlich die Frage um, ob sie die Erkrankung von Angehörigen oder Nachbarn mit verursacht haben könnten. Gleichzeitig werden die Folgen der Kürzungen im Gesundheitswesen sichtbar. Immer mehr Krankenhäuser in ländlichen Gebieten müssen schließen, es fehlt an Ärzten, Krankenschwestern, medizinischen Geräten. Krebspatienten müssen oft mehrstündige Anfahrtswege für jede Behandlung hinnehmen – sofern sie zu den Privilegierten zählen, die noch krankenversichert sind. Weil die staatlichen Zuschüsse gestrichen wurden, sind die Kosten für die meisten Krankenversicherungen auch bei hoher Selbstbeteiligung um 25 Prozent gestiegen und damit oft unerschwinglich. Statt der versprochenen goldenen Zukunft sind viele LandwirtInnen gut ein Jahr nach Trumps Amtsantritt ärmer und kränker. Die Grenzen des industriellen, exportabhängigen Systems in der Landwirtschaft treten drastisch zu Tage. Vielleicht ist damit auch eine Phase des Umdenkens angebrochen – auf dem Acker und an der Wahlurne.

Marianne Landzettl,
Korrespondentin der
Unabhängigen Bauernstimme